"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold = = Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

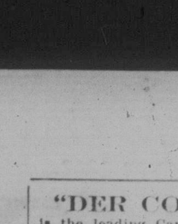
25. Jahrgang. 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 13. Januar, 1932. 12 Seiten Nr. 10.

Dr. Heinrich Brüning erklärt Ende der Tributzahlungen

Reichskanzler erläßt Mitteilung an den britischen Botschafter in Berlin

Bestimmte Versicherung, daß Deutschland auf der Lausanner Reparationskonferenz kein neues Diktat unterschreiben wird.

Frankreich gerät in Aufregung und stößt Drohungen aus. — England findet sich mit der „harten Tatsache" ab.


Dr. Brüning.

Berlin, 9. Jan. (U.P.) — Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning hat heute die Vertreter der Presse davon in Kenntnis gesetzt, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen aufbringen kann.

London, England, 9. Jan. (U.P.) — Nach hier eingelaufenen Meldungen hat Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, mitgeteilt, daß das Ende der deutschen Tributzahlungen da ist.

Berlin, 10. Jan. (E.) Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning, der wegen seiner diktatorischen Stellung in der deutschen Innenpolitik als der „starke Mann" und der „zweite eiserne Kanzler" Deutschlands in der ganzen Welt angesehen wurde, will nunmehr auch in der Außenpolitik

einen geraden und energischen Kurs einschlagen.

Da er nicht nur Reichskanzler, sondern seit dem Rücktritt von Dr. Curtius zugleich deutscher Reichsaußenminister ist, kann er in amtlicher Eigenschaft persönlich die nötigen Schritte unternehmen. Er wird damit sein Versprechen einlösen, das er Mitte Dezember 1931 dem deutschen Volke gegeben hat, es nämlich zum Frieden und zur Freiheit zurückzuführen. Die größte befreiende Tat, die ein verantwortlicher deutscher Staatsmann seit den Tagen des Zusammenbruchs vollbracht hat, ist die Erklärung Dr. Brünings, daß Deutschland keine weiteren Tributzahlungen an seine früheren Feinde mehr leisten könne. Mit dieser Erklärung hat der Reichskanzler einen der Hauptpfeiler des Versailler Vertrags umgestürzt.

Die Aeußerungen Brünings im Gespräch mit dem britischen Botschafter wurden in London, Paris und Warschau in schärferem Ton und Wortlaut wiedergegeben, als sie es tatsächlich waren. Reichskanzler Brüning hat jedoch mit Freuden die günstige Gelegenheit ergriffen, um der Welt und namentlich dem deutschen Volke die bestimmte Versicherung zu geben, daß er auf der Lausanner Reparationskonferenz

kein Dokument unterschreiben wird,

das dem deutschen Volke weitere Reparationszahlungen aufbürdet.

In einer Unterredung am Samstag erklärte Dr. Brüning folgendes: „Die deutsche Regierung kann auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegenwärtige Lage darzulegen und den anderen interessierten Regierungen dringend zu raten, diese Lage in Betracht zu ziehen und keine Kompromißlösung zu versuchen, für deren Verwirklichung keine Möglichkeit mehr vorhanden ist. Ich bin seit davon überzeugt, daß es auf keiner Seite an dem gründlichen Verständnis dafür fehlt, welche Schlußfolgerungen aus der gegenwärtigen Lage unbedingt gezogen werden müssen. Es handelt sich nur darum, den Mut dafür aufzubringen, die Erkenntnis in die Tat umzusetzen und nach dem Baseler Sachverständigenbericht die Behandlung der Wirtschaftsprobleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen."

Frankreich droht schon wieder.

Paris, 10. Jan. Die französischen Parteigruppen und die Presse scheinen sich geschlossen hinter Premier Laval zu stellen, um eine einheitliche Front gegen Kanzler Brünings Erklärung zu bilden. Schon werden in Paris auch wieder drohende Stimmen laut, die für eine Sonderaktion auf alle deutschen Einfuhrwaren eintreten, um dem deutschen Außenhandel einen Schlag zu versetzen. Ferner soll der kurzfristige Kredit der Bank von Frankreich, welcher der deutschen Reichsbank gewährt worden ist, Ende Februar zurückgezogen werden. Der Finanzminister Pierre Etienne Flandin erklärte, kein Franzose könne eine einseitige Revision des Youngplans und des Versailler Vertrags, auf dem die deutschen Reparationszahlungen beruhen, annehmen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Frankreich in Angst vor nationaler Regierung in Berlin.

Paris. — Die Verhandlungen zwischen Kanzler Brüning und Adolf Hitler in Berlin wurden von der hiesigen Zeitung „Le Temps" als Beweis dafür ausgelegt, daß eine Bewegung zur Schaffung einer nationalen Regierung mit einem Programm der Wiedererwählung Hindenburgs zum Präsidenten im Gange ist.

„Es ist nicht schwer," sagte die Zeitung, „im Hinblick auf die Lausanner und Genfer Konferenzen eine höchst unbequeme Haltung Deutschlands, hinsichtlich der Reparationen und Abrüstung vorauszusehen."

Andere Zeitungen stellen die Frage: „Ist Brüning ein Verbündeter Hitlers oder Hitler ein Bundesgenosse Brünings?"

Brüning, Gröner und Hitler verhandeln

Es soll hauptsächlich die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg besprochen worden sein.

Berlin. — Eine merkwürdige Wendung der Dinge hat plötzlich Platz gegriffen. Adolf Hitler, der feurige Führer der Nationalsozialisten, ist von Kanzler Heinrich Brüning in Audienz empfangen worden, und die beiden hatten unter Zuziehung des Reichswehr- und Innenministers Wilhelm Groener eine lange Konferenz. Die Verhandlungen sollen sich, wie verlautet, darum gedreht haben, die Nationalsozialisten

für eine Verlängerung des Termins des Reichspräsidenten von Hindenburg

um ein weiteres Jahr zu gewinnen. Der Konferenz gingen zwei Tage ausgedehnter Verhandlungen zwischen Hitler und dem Reichswehr- und Innenminister General Groener voraus, der dann die Zusammenkunft mit dem Kanzler vereinbarte.

Nach der Konferenz erklärte Hitler, er beabsichtige zuerst die Ansicht der Führer der rechtseingestellten Opposition, Hugenbergs und Seldtes, einzuholen, ehe er seine endgültige Entscheidung treffen werde.

Hitler wurde zur Beratung herangezogen, um die Notwendigkeit der Ausschreibung einer Reichspräsidentenwahl in dieser kritischen Zeit zu umgehen. Bereits am letzten Dienstag sandte General Groener ein Telegramm nach München, in welchem der Nationalsozialistenführer ersucht wurde, nach Berlin zu kommen.

Hitler, der Reichswehrminister und Kanzler Brüning

berieten etwa 1½ Stunden. Nach Schluß der Verhandlungen weigerten sich alle drei Konferenten, sich irgend wie über ihr Verhandlungsthema auszulassen. Es wird indeß als sicher angenommen, daß den Nationalsozialisten gewisse politische Konzessionen gemacht werden sollen, sollten sie sich dazu verstehen, den Feldmarschall im Präsidentenstuhl zu halten. Der Preis für ihre Gefolgschaft dürfte zum mindestens ein Sitz im Reichskabinett sein.

Unter normalen Umständen, hätte die Reichspräsidentenwahl im nächsten Mai zu erfolgen, da Hindenburgs siebenjähriger Termin, dann abgelaufen sein wird. Um die Wahl zu vermeiden und Hindenburgs Termin zu verlängern, ist die Zustimmung von zwei Dritteln des Reichstags erforderlich, eine solche Mehrheit aber ist schlechterdings ohne die Unterstützung der Nationalsozialisten nicht zu erlangen.

Dann verhandelte Hitler mit

(Fortsetzung auf Seite 2.)

In Canada zuviel Getreide — in der Türkei Hungersnot.

Stambul, Türkei. — Nahezu 1000 Einwohner der Stadt Urla bei Smyrna und mehrere Tausende in umliegenden Dörfern sind nahe am Verhungern. Die türkische Rotkreuzgesellschaft des „Roten Halbmond" wird Hilfe senden. Tausende leben von wilden Kräutern; die lokalen Hilfsstellen sind nur fähig für ungefähr 900 Personen Sorge zu tragen, von denen jeder täglich ein Pfund Mehl erhält.

Die Bevölkerung ist von allen eigenen Hilfsmitteln entblößt, da nur ein kleiner Teil der letztjährigen Tabakernte im letzten Jahre verkauft werden konnte und ein Fehlschlagen der Traubenernte nur 1,500 Säcke mit Rosinen anstatt der normalen 35,000 Säcke ergab.

Enkelin des Kaisers Franz Joseph vermählt.

Wien. — Die Erzherzogin Gertrud Marie, die Enkelin Kaiser Franz Josephs, hat sich am 29. Dezember in Bad Ischl mit Graf Georg Walburg-Zell verheiratet. Sie ist die Tochter des Erzherzogs Franz Valerie. Der Gatte ist ein Sohn des Grafen Clemenz Maximilian von Malburg-Zell und der Prinzessin Zettingen. Seine erste Gattin war die verstorbene Erzherzogin Elisabeth Franziska, die ältere Schwester der jetzigen Frau.

Dawes wird zurücktreten.

Washington. — Charles Gates Dawes, der amerikanische Botschafter in London, wird nach Beendigung seiner Hauptarbeit als Vorsitzender der amerikanischen Delegation zur Abrüstungskonferenz aus dem öffentlichen Dienste ausscheiden.

Er kündigte dies im nationalen Rundfunk an, ohne sich weiter über seine Zukunftspläne auszulassen, abgesehen von der Erklärung, daß er sich ins Privatleben zurückziehen werde.

Sogar Frau Gandhi von den Briten verhaftet.

12,000 Inder befreien drei Gefangene.

Ahmedabad, Indien, 11. Jan. — In einem Dorfe im Surat-Bezirk wurde Frau Mahandas K. Gandhi, die Gattin des bereits verhafteten Mahatma Gandhi, von den Briten ebenfalls verhaftet. Sie ist angeklagt, die indischen Frauen zur Revolte gegen die britische Herrschaft aufgereizt zu haben.

Srinigar, Kaschmir, Ind., 11. Jan. — Eine bewaffnete Volksmenge in Stärke von etwa 12,000 Indern erstürmte die Polizeistation und befreite drei Gefangene, die wegen Brandstiftungsversuchs verhaftet worden waren.

Die britischen Behörden haben in ganz Indien alle Versammlungen verboten. Mehr als 5 Personen werden als eine Versammlung betrachtet.

Deutschland fordert Rüstungsgleichheit

Reichswehrminister Gröner über die bevorstehende Abrüstungskonferenz in Genf.

Berlin. — „Das Prinzip, daß es in Zukunft keine Ungleichheit der Rechte mit Bezug auf die Abrüstung geben darf, hat begonnen, in der öffentlichen Meinung der Welt festen Fuß zu fassen," wie Reichswehrminister General Wilhelm Gröner erklärt.

„Auf der internationalen Tagung der Völkerbundverbände in Budapest, auf der Kirchenkonferenz in Cambridge und auf dem Rotary-Konvent in Paris — um nur einige Beispiele zu geben — sind Entschließungen angenommen worden, in denen betont wird, daß die Prinzipien der Beschränkung und Reduzierung der Rüstung für alle Nationen gleichmäßig angewandt werden müssen.

„Wenn diese Prinzipien jedoch nicht zu allgemeiner Abrüstung führen können, so müssen sie durch bessere Prinzipien ersetzt werden können.

„Der Abrüstungskonferenz wird der Entwurf eines Abkommens unterbreitet werden, der von der Majorität der vorbereitenden Abrüstungskonferenz im letzten Jahre abgefaßt wurde. Dieser Vertragsentwurf entspricht nicht dem Prinzip der Gleichberechtigung. Er berücksichtigt weder die ausgebildeten Reserven noch die Reserven an Kriegsmaterialien, auf denen die ungeheure Kriegsstärke der großen Militärmächte basiert. Die Annahme dieses Entwurfes in unveränderter Form würde den großen Gedanken der Abrüstung nicht fördern, sie würde ihn vielmehr für immer begraben.

„Deutschland hat diesen Entwurf abgelehnt und kann ihn nicht als Grundlage für die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz anerkennen," betonte der Reichsminister.

„Deutschland ist entwaffnet und muß sein Recht, eine allgemeine Abrüstung zu erwarten, in Genf aufs äußerste verteidigen. In vielen der Länder, die heute stark gerüstet sind, besteht eine mächtige Opposition gegen die Erfüllung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung.

„Ich kann jedoch nicht glauben, daß die öffentliche Meinung der Welt einen Bruch dieses Versprechens, allgemeiner Abrüstung zulassen würde, das in den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages gegeben und festgelegt worden ist.

„Die Verantwortung, Ohrzeuge eines solchen Vertrauensbruches zu sein, würde unabsehbar sein. Denn nicht nur würde die Existenz des Völkerbundes, sondern auch der ganze friedliche Wiederaufbau der Welt dadurch gefährdet werden.

„Deutschland ist durch seine gegenwärtige Lage dazu bestimmt, Vorkämpfer auf dem Gebiete der allgemeinen Abrüstung zu werden. Es wird auf der kommenden allgemeinen Abrüstungskonferenz mit aller Kraft nicht nur für sein Recht auf gleiche Behandlung und gleiche Sicherheit, sondern auch für die Erfüllung der Friedenshoffnungen eintreten, die alle Nationen auf allgemeine Abrüstung hegen."

Keine neue Ruhrbesetzung.

Brüssel. — Die belgische Regierung trat den weitverbreiteten Gerüchten entgegen, daß Frankreich und Belgien einen neuen Einfall in das Ruhrgebiet vorbereiteten und daß Belgien bereit stehe, sofort drei Jahrjänge der Armee zu mobilisieren.

Graf Uriel, der Chef des Kabinetts, gab der Associated Preß ein energisches Dementi und bezeichnet die Berichte als reine Erfindung. Der Verteidigungsminister erklärte der Zeitung „Le Peuple", daß er von den Gerüchten gehört habe, aber hoffe, daß die Bevölkerung vernünftig genug sein werde, um ihnen keinen Glauben schenken.

Dockarbeiterstreik in England.

London. — Zwischen London Bridge und Charing Cross lagen auf der Themse lange Reihen von Frachtkähnen fest, weil die Dockarbeiter einen Streik erklärt haben. Die Arbeiter weigern sich, eine Lohnreduzierung von 7 Prozent anzunehmen. Ungefähr 95 Prozent der betroffenen Arbeiter sind dem Streikbefehl gefolgt. Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurden als aussichtslos abgebrochen, und die Gewerkschaftsführer erklären, daß der Streik energisch durchgeführt werden wird.

Volksentscheid in Danzig erwartet.

Danzig. — Der Volkstag der Freien Stadt Danzig hat einen Auflösungsantrag mit 43 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Man glaubt, daß es nunmehr zu einem Volksentscheid kommen wird, den die Mehrzahl der Bürger diesem, von den Sozialdemokraten und Kommunisten angestrebten Schritt zu unterstützen scheint.

Wahrscheinlich keine Einberufung des Reichstags.

Berlin. — Wie bekannt gegeben wurde, wird der Aeltestenrat des Reichstags am 12. Januar zusammentreten, um über den Antrag der Kommunisten abzustimmen, daß der Reichstag einberufen werden soll. Die Annahme dieses Antrags würde einem Mißtrauensvotum für das Ministerium „Brüning" gleichbedeutend sein. In Regierungskreisen gibt man sich aber der Hoffnung hin, daß in Anbetracht der bevorstehenden internationalen Konferenzen zweifelhafte Parteigruppen sich davor scheuen werden, der Regierung Brünings die Gefolgschaft zu kündigen.

Canadische Regierung hilft Manitoba.

Winnipeg, Man. — Die canadische Regierung hat sich bereit erklärt, der Provinz Manitoba unter die Arme zu greifen, um die Bezahlung der am 15. Januar in New York fälligen zwei Millionen Dollar in Schatzwechsel zu ermöglichen.

Frankreichs Marinerüstung.

Paris. — Der Marine-Haushalt Frankreichs sieht auf die Zeit von neun Monaten Ausgaben in Höhe von 90,000,000 Goldfrancs ($22,500,000) vor.

Von der Gesamtsumme sind 54,000,000 für die aktive Flotte, 15,000,000 für die Marine-Landanlagen und der Rest für laufende Ausgaben bestimmt.

Japaner beherrschen alle Eisenbahnen.

Shanhaikwan. — Japanische Flugzeuge kreisten in der Mandschurei, etwa 2 Meilen nordwärts von Shanhaikwan, vor. Eine andere Abteilung japanischer Truppen besetzte Wanchiaoku, 2 Meilen nordwärts von hier. Japanische Soldaten bewachen die ganze Peiping-Mukden Bahnlinie außerhalb der großen Mauer. Die Ankunft der Japaner vor Shanhaikwan bedeutet die vollkommene japanische Beherrschung der Eisenbahnen in der südlichen Mandschurei.

Briand von Laval abgeschoben

Französischer Premier will „nationales Einheitsministerium" bilden.

Paris. — Premier Laval scheint entschlossen zu sein, dem Drängen der rechts stehenden Zeitungen nachzugeben und, wie es einerzeit während des Weltkrieges geschah, ein „nationales Einheitsministerium" zu bilden, um Frankreich in der Reparationskonferenz in Lausanne und in Genf energisch zu vertreten. Aus einer halbamtlich ausgegebenen Mitteilung ist ersichtlich, daß es vornehmlich darauf abgesehen ist, Aristide Briand dazu zu bestimmen, daß er den Außenministerposten abgibt und sich als „Minister ohne Portefeuille" kalt stellen läßt.

Aristide Briand.

Briands angegriffene Gesundheit gibt den Vorwand dafür her, und in der halbamtlichen Erklärung wird Briand die bittere Pille mit der Redensart verzuckert, daß die kommenden diplomatischen Unterhandlungen der Mächte „eine erhöhte Anstrengung erheischen, die Briand zuzumuten vielleicht unvorsichtig sein würde, obwohl er der hervorragende Staatsmann sei, der so viele Jahre lang die zermürbende Aufgabe der Leitung der französischen Außenpolitik durchgeführt habe."

Gleichzeitig wurde der Sarg des am 2. Januar verstorbenen einäugigen Generals Gerald Pau, der schon den Krieg von 1870 mitgemacht und im Weltkrieg eine französische Armee beehligt hatte, mit großen militärischen Ehren im Invalidendom beigesetzt, und man erinnerte sich daran, daß genau ein Jahr früherhin ist, seitdem Marschall Joffres Sarg die nämliche Ehrung widerfuhr.

Der französische Kriegsminister gestorben.

Paris. — Andre Maginot, der französische Kriegsminister, ist, wie die Havas-Agentur berichtet, gestorben. Er wäre im nächsten Monat 55 Jahre alt geworden. Der Tod erfolgte nach mehrtägiger Typhuserkrankung.

Reparationskonferenz am 25. Januar.

Berlin. — Das Datum für die Schulden- und Reparationskonferenz in Lausanne in der Schweiz ist nunmehr definitiv auf den 25. Januar angesetzt worden.

Von Großbritannien war zuerst der 20. Januar als Eröffnungstag der Konferenz in Vorschlag gebracht worden. Das französische Kabinett weigerte sich jedoch, diesem Datum zuzustimmen, solange die Besprechungen der internationalen Bankiers über die Verlängerung der Privatkredite in Deutschland nicht ihr Ende erreicht hatten.

Eisenbahnkatastrophe bei Moskau

50 Tote und viele Verletzte sind die Opfer eines Zusammenstoßes.

Moskau. — Fünfzig Tote und viele Verletzte sind die Opfer einer Zugkollision, die sich, wie man erfährt, 9 Meilen nordwestlich von Moskau zugetragen hat.

Die große Totenzahl war teilweise verursacht durch die Tatsache, daß nach der Kollision eine Bergemannschaft die Verletzten auf ein Nebengeleise gelegt hatte, um die Ankunft einer Sanitätskolonne abzuwarten. Ein Frachtzug kam auf dem Nebengeleise herangefahren und, bevor der Zugführer halten konnte, bahnten sich die Lokomotive und mehrere Frachtwaggons ihren Weg durch die hilflosen Verletzten. Regierungs- und Eisenbahn-Beamte suchten die Nachricht von dem Unglück zu unterdrücken.

Der Zusammenstoß ereignete sich zwischen zwei Lokalzügen, die beide mit Passagieren gefüllt waren. Der eine Zug hatte an einer Bahnweiche angehalten, um auf ein Seitengeleise zu fahren, als der nachfolgende Zug mit vernichtender Gewalt anprallte. Bauern aus der Nachbarschaft eilten herbei und waren bei der Bergung von Verletzten und Sterbenden behilflich. Die Verletzten, die auf das Nebengeleise gelegt waren, sahen den Frachtzug in schneller Fahrt herankommen, konnten sich aber nicht in Sicherheit bringen. Zum Unglück versagten noch die Bremsen des Frachtzuges.

Schneller Verkehr durch Sibirien.

Moskau. — Von dem Sowjet Reisebüro und dem Verkehrskommissariat wird bekannt gegeben, daß die Fahrzeit transsibirischer Expreßzüge von der polnischen Grenze nach der Mandschurei, eine Strecke von 5000 Meilen, durch Verbesserungen im Bahndienst und neue Fahrpläne um einen Tag verkürzt worden ist. Diese Eilzüge enthalten vier Salonwagen, einen Speise- und einen Gepäckwagen. Die ganze Strecke ost- und westwärts wird in sieben, anstatt bisher in acht Tagen, zurückgelegt werden.